

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 13/6800 –

Jahreswirtschaftsbericht 1997 der Bundesregierung **„Reformen der Beschäftigung“**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest!

Deutschland befindet sich in der schwersten Beschäftigungs- und Strukturkrise der letzten 40 Jahre. Die Massenarbeitslosigkeit hat im Januar 1997 exakt die Zahl der Arbeitslosen des Jahres 1933 erreicht. Dem Ernst dieser Lage wird die Bundesregierung mit ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1997 in keiner Weise gerecht. Der Jahreswirtschaftsbericht enthält wieder kein schlüssiges Konzept, mit dem die anhaltende Schwäche der Investitionen und der Binnennachfrage sowie die nachlassende Innovationsfähigkeit überwunden werden können.

Die Wachstumsprognose der Bundesregierung von 2,5 % ist unrealistisch. Die falsche Basis im Jahreswirtschaftsbericht sowie parallele Sparpolitik führen dazu, daß beide Ziele verfehlt werden: Maastricht-Kriterien und zusätzliche Beschäftigung. Das Wachstum wird auf keinen Fall ausreichen, um den weiteren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit zu bremsen oder gar umzukehren. Die Investitionstätigkeit ist weiterhin viel zu schwach. Der mit 1,5 % ebenfalls nur wenig zunehmende private Konsum und der mit 0,5 % nahezu stagnierende Staatsverbrauch fallen als Konjunkturstützung vollständig aus. Wachsende Staatsverschuldung und planlose Umschichtungen haben darüber hinaus die Ausgaben des Staates für Investitionen und Zukunftsvorsorge in unverträglicher Weise vermindert.

Die kopflosen Reaktionen der Bundesregierung auf die selbsterzeugte Krise haben zu einer Vertiefung statt einer Milderung der Wirtschaftskrise geführt. Undifferenzierte und sozial ungerechte Kürzungsaktionen haben öffentliche Investitionen für die Zukunft noch stärker vermindert und nur zu weiteren Wachstums-, Be-

schäftigungs- und Einnahmeverlusten geführt. Der Aufbau in Ostdeutschland ist praktisch zum Stillstand gekommen. Die westdeutsche Wirtschaft tritt in einen schmerzhaften Erosionsprozeß ein.

Noch nie waren die Angebotsbedingungen in Deutschland so gut wie heute. Rationalisierung und staatliche Umverteilungsmaßnahmen haben Unternehmensgewinne und Aktienkurse in zuvor nie gekannte Höhen gebracht. Der Anteil der Unternehmensteuern am Gesamtsteueraufkommen ist von 12,8 % im Jahre 1991 auf nur 7,6 % im Jahre 1995 gefallen. Demgegenüber ist der Anteil der Lohnsteuer von 32,4 % auf 34,7 % gestiegen. Der Realwert der Nettolöhne ist von 1990 bis 1995 um rund 10 % gefallen. Arbeitslosigkeit und zunehmende Steuer- und Abgabenbelastungen breiter Bevölkerungsschichten haben zu einer Stagnation der binnenwirtschaftlichen Nachfrage und in der Folge auch zu einer lahmen Investitionstätigkeit im Inland geführt. Die erwarteten Exportüberschüsse, deutliches Zeichen der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, können keine Wende der Wirtschaftsentwicklung und der Massenarbeitslosigkeit herbeiführen.

Auch jetzt verkündet die Regierung wieder unrealistische Wachstumsprognosen, damit auch unrealistische Einnahmeschätzungen, verspricht unrealistische Steuersenkungen, erläßt aber gleichzeitig eine Haushaltssperre. Sie beschädigt damit weiterhin die Glaubwürdigkeit der Politik und zerstört das Vertrauen von Konsumenten und Investoren. Der Vertrauensverlust der Regierung ist zu einem eigenständigen Konjunktur- und Beschäftigungsrisiko geworden.

Der Weg in die Massenarbeitslosigkeit beruht auf fatalen Fehlern der Bundesregierung:

- Es ist falsch, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit allein auf die Auslandsnachfrage zu setzen. Alle europäischen Länder brauchen eine gemeinsame Wachstumspolitik.
- Es war falsch, das von den Gewerkschaften angebotene Bündnis für Arbeit auszuschlagen und mit einem Sozialabbau-Paket zu antworten, das der Beschäftigung nicht genutzt und den sozialen Konsens beschädigt hat.
- Es war falsch, den Wirtschaftsfunktionären unwidersprochen zu gestatten, den sozialen Konsens aufzukündigen und durch Konfrontation zu ersetzen. Die wirtschaftliche Entwicklung z. B. in den Niederlanden zeigt, wie Strukturwandel, Industriepolitik und die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in konzertierter Kooperation erfolgreich gestaltet werden können.
- Es war und ist falsch, in Zeiten steigender Massenarbeitslosigkeit die Staatshaushalte zurückzufahren, insbesondere bei Investitionen und aktiver Arbeitsmarktpolitik, anstatt Konjunktur und Beschäftigung zu stabilisieren und die Haushalte im Aufschwung zu konsolidieren.

- Es war falsch, die Anstrengungen für Forschung und Technik über mehr als ein Jahrzehnt herunterzufahren, anstatt neue Industrien und damit neue Arbeitsplätze zu fordern.
- Es war falsch, einen großen Teil der Kosten der deutschen Vereinigung den Sozialkassen aufzulasten und damit eine Explosion der Lohnnebenkosten auszulösen.
- Es war falsch, das Schlechtwettergeld abzuschaffen, das Entsendegesetz zögerlich zu behandeln und die Konjunkturlokomotive Bauwirtschaft zu schwächen.

Ein neuer Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik ist angesichts der wachsenden Massenarbeitslosigkeit und des Vertrauensverlustes in die Demokratie das Gebot der Stunde.

Nur mit einer Politik, die neue wirtschaftliche Dynamik schafft, ist die Wirtschafts- und Beschäftigungskrise zu überwinden. Dynamik entsteht nur durch Innovationen und Investitionen, die neue Märkte und Beschäftigungsfelder eröffnen und zu einer Erneuerung der Unternehmenslandschaft führen. Ein Umsteuern vom Konsum zu öffentlichen Investitionen in die Zukunft ist unerlässlich. Für eine sozial gerechte Verteilung der dabei entstehenden unausweichlichen Belastungen fehlen dieser Regierung Wille und Kompetenz.

Die erforderliche Wende muß eingeleitet werden durch Maßnahmen, die eine Umkehr zu Verlässlichkeit und Stetigkeit bedeuten:

- Die Ungewissheiten über die europäische Währungsunion müssen im Interesse aller Investoren und Konsumenten schnell geklärt werden. Zur zeitgerechten Einführung der europäischen Währungsunion bei vertragsgerechter Erfüllung der Kriterien gibt es keine Alternative.
- Eine Rückkehr zu einer koordinierten gesamtwirtschaftlichen Politik ist im Interesse aller Arbeitslosen dringend erforderlich. Finanz-, Geld-, Wirtschafts- und Tarifpolitik dürfen sich nicht länger gegenseitig ausbremsen, sondern müssen auf eine gemeinsame Linie zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit gebracht werden. Dabei hat die Tarifpolitik beachtliche Vorleistungen erbracht.
- Die arbeitsplatzvernichtende sogenannte Gesundheitsreform ist zu stoppen. Die weitere Reform des Gesundheitswesens ist mit allen Beteiligten zu entwickeln.
- Das wirtschaftspolitisch kontraproduktive AFRG ist zu stoppen. Auf der Grundlage der Vorschläge der Fraktion der SPD sind gesetzgeberische Initiativen zu verwirklichen.
- Die Unsicherheit über die Zukunft der Steinkohle ist zu beenden, und auf der Grundlage der Vorschläge der IGBE sind verlässliche Rahmenbedingungen zu vereinbaren.
- Die Wirtschaftsförderung für Ostdeutschland ist auf eine langfristig gesicherte Grundlage zu stellen.

- Mit einer Innovations- und Investitionsoffensive muß wieder jene wirtschaftliche Dynamik erzeugt werden, die schrittweise zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führt.
- Eine Mittelstands- und Existenzgründungsoffensive muß diesen Prozeß durch eine Erneuerung und Verbreiterung der Unternehmenslandschaft begleiten.
- Aktive Arbeitsmarktpolitik ist für die Gestaltung des Übergangsprozesses unerläßlich. Sie muß ausgebaut und effizienter gestaltet werden, damit anstelle von Arbeitslosigkeit wertschöpfende Arbeit gefördert und so der Staatshaushalt entlastet wird.
- Die Staatstätigkeit muß reformiert und effizienter gestaltet werden. Dies betrifft sowohl eine kritische Durchsicht der gesetzlichen Regelungen und der Verwaltungsverfahren als auch eine strenge Prüfung, welche Staatsaufgaben privatisiert oder in neuen Organisationsformen erbracht werden können.

1. Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen herstellen

Die weitere europäische Integration und die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung müssen endlich gesichert werden, damit Unternehmen und Konsumenten wieder verlässliche globale Rahmendaten haben. Europa braucht eine gemeinsame Beschäftigungspolitik und eine Sozialunion. Steuerliche Wettbewerbsverzerrungen in den Mitgliedsländern müssen beseitigt werden. Dasselbe gilt für Verzerrungen des internationalen Wettbewerbs durch fehlende Arbeits- und Sozialstandards.

2. Steuerreform auf 1998 vorziehen

Eine schnelle Verwirklichung der Steuerreform ist aus beschäftigungs- und konjunkturpolitischen Gründen unverzichtbar. Die Steuerreform muß einen Beitrag leisten zum Abbau der Massenarbeitslosigkeit, indem sie mit niedrigen Eingangssteuersätzen die Bezieher niedriger Einkommen entlastet. Sie muß zugleich einen Beitrag zur Stärkung der Massenkaufkraft durch Steuersenkungen im mittleren Einkommensbereich leisten. Die Gleichmäßigkeit der Besteuerung aller Einkunftsarten ist zu verbessern. Legale und illegale Steuervermeidungsmöglichkeiten sind zu beseitigen. Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze müssen die Lohnnebenkosten gesenkt werden. Das entlastet Arbeitnehmer und Unternehmer. Dazu ist die Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen zu befreien. Zur Gegenfinanzierung eines entsprechend höheren Bundeszuschusses sind die Steuern auf den Energieverbrauch anzuheben. Darüber hinaus muß die Steuerreform so gestaltet werden, daß die Gebietskörperschaften fähig sind, in die Zukunft zu investieren.

3. Neue Arbeitsplätze in einer dynamischen Wirtschaft

Neben durch Geld- und Fiskalpolitik gesetzten falschen Rahmenbedingungen ist eine der wesentlichsten Ursachen der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa, daß die in reifen Wirtschaftszweigen durch Rationalisierung oder Verlagerung wegfallenden Arbeitsplätze nicht oder nicht schnell genug durch neue Arbeitsplätze in neuen dynamischen Wirtschaftszweigen ersetzt werden. Die eher enttäuschende Entwicklung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor in Deutschland zeigt, daß hier nicht losgelöst von der Industrie Arbeitsplätze entstehen. Auch wenn es im Dienstleistungssektor in Bereichen wie Gesundheit und Pflege noch viele zusätzliche Arbeitsplätze geben kann, hängt die Entwicklung des modernen Dienstleistungssektors entscheidend davon ab, daß die Innovationsschwäche der deutschen Wirtschaft überwunden wird. Das gilt auch für die Erneuerung der industriellen Strukturen.

Deutschland muß jetzt entschlossen den Strukturwandel nutzen. Wissen und Technologie bilden dabei das Fundament für Arbeitsplätze und Wohlstand in der Zukunft. Maßgeblich dafür ist, daß vor allem dieses neue Wissen auch zur Anwendung kommt. Hier weist Deutschland erhebliche Schwächen auf. Angesichts der immer schwieriger zu korrigierenden Auswirkungen der jahrzehntelangen Versäumnisse zur Stärkung der Innovationen in Deutschland ist jetzt ein Umdenken und Umsteuern das Gebot der Stunde. Massenarbeitslosigkeit wird sonst zum Dauerzustand. Diese Entwicklung hin zu einer neuen Dynamik der Wirtschaft wollen wir durch ein Bündel von Maßnahmen einleiten. Dazu zählen:

- ein Stützungsprogramm für die ostdeutsche Wirtschaft zur Sicherung der Überlebensfähigkeit und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Dabei sind Ausrüstungsinvestitionen mit besonderer Priorität zu versehen;
- ein ökologisches Zukunftsinvestitionsprogramm zur Erschließung der weltweit größten Zukunftsmärkte und der Behebung ökologischer Schäden,
- ein Reform- und Investitionsprogramm von Bund und Ländern für Hochschulen und Forschungseinrichtungen,
- ein Programm zur Modernisierung beruflicher Bildungstätten,
- eine dauerhafte Verstärkung der Forschungsförderung vor allem auch in anwendungs- und marktnahen Bereichen.

Dieses Programm ist struktur- und konjunkturpolitisch angelegt. Es sind auch Privatinitiative, private Innovationen und Investitionen erforderlich sowie eine Reform der Staatstätigkeit, damit Impulse dauerhafte Wirkungen zeigen.

4. Mittelstands- und Existenzgründungsinitiative starten

Neue Strukturen entstehen nur durch neue Unternehmen und neue Unternehmen nur, wenn die Nachfrage steigt und damit zusätzliche Märkte entstehen. Existenzgründungs- und Mittelstandsförderung, die Bereitstellung und Förderung privaten Risiko- und Beteiligungskapitals sind deshalb von größter Bedeutung. Die chaotische Vielfalt der Förderprogramme für den Mittelstand muß endlich auf einige wenige überschaubare und wirksame Programme reduziert werden. Vor allem die Eigenkapitalprogramme sind zu einem einheitlichen Programm zusammenzufassen. Private Beteiligungen an Unternehmensneugründungen müssen gefördert werden. Die mittelständische Wirtschaft braucht neben dem Inlandsmarkt auch eine Außenwirtschaftsförderung, die dem Mittelstand Chancengleichheit in einer globalen Weltwirtschaft gewährt. Der Wirtschaftsminister wird aufgefordert, zusammen mit den Ländern schnellstmöglich ein entsprechendes Aktionsprogramm zu entwickeln.

5. Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Die Fraktion der SPD hat wiederholt durch Initiativen bekräftigt, daß es gesellschaftspolitisch notwendig und auf die Dauer ökonomischer ist, Arbeit zu finanzieren statt Arbeitslosigkeit. Sie hat vielfältige Initiativen im Deutschen Bundestag eingebracht, zuletzt das ASFG. Es bleibt dabei: Es bedarf stetiger, verlässlicher Rahmenbedingungen.

Um die Arbeitsplätze zu entlasten, müssen die Sozialversicherungsbeiträge, also die Lohnnebenkosten, spürbar gesenkt werden. Wir fordern als Sofortmaßnahmen die Befreiung der Sozialversicherung von versicherungsfremden Leistungen. Die Bundesregierung muß endlich ihre Blockade aufgeben. Es ist ordnungspolitisch nicht akzeptabel, daß die Beitragszahler, also Arbeitnehmer und Arbeitgeber, mit Kosten belastet werden, denen keine Beiträge gegenüberstehen. Dazu gehören z. B. die Aussiedlerrenten (1997: 10,1 Mrd. DM), die notwendige Rentenanpassung in den neuen Ländern (1997: 3,7 Mrd. DM) und die Leistungen zur rentenrechtlichen Entschädigung von SED-Opfern (1997: 0,4 Mrd. DM). Diese Leistungen sind Aufgaben, die alle Bürgerinnen und Bürger angehen und nicht nur die Beitragszahler. Allein durch die Befreiung der Sozialversicherung von diesen drei Kostenblöcken können die Rentenversicherungsbeiträge um gut 1 Prozentpunkt auf deutlich unter 20 % gesenkt werden.

Die SPD schlägt die vollständige Entlastung von Sozialversicherungsbeiträgen für einfache Arbeitsplätze vor. Die hohe Langzeitarbeitslosigkeit im Bereich geringqualifizierter Arbeit zeigt, daß hier in erheblichem Umfang zusätzliche Beschäftigung mobilisiert werden kann. Voraussetzung dafür ist, daß die Kosten für den Arbeitgeber gesenkt und gleichzeitig den Beschäftigten ein auskömmliches Einkommen über dem Sozialhilfeniveau gesichert wird. Dazu greifen wir einen Vorschlag der EU-Kommission auf: Für neue Arbeitsplätze mit niedrigen

Stundenlöhnen und niedrigen Qualifikationsanforderungen sollen die Mittel, die bisher zur Bezahlung von Arbeitslosigkeit verwendet werden, zur Entlastung von Sozialversicherungsbeiträgen eingesetzt werden. Dieser Lohnkostenzuschuß kommt Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen zugute und wird vor allem im Dienstleistungsbereich neue Arbeitsplätze schaffen.

6. Die Leistungsfähigkeit des Staates verbessern

Die Bundesregierung, die jetzt 14 Jahre lang die Verantwortung für die Bundesgesetzgebung, Verwaltungsorganisation und Regulierungsmaßnahmen getragen hat, kann nicht glaubwürdig für sich in Anspruch nehmen, die notwendigen Reformen des öffentlichen Sektors durchführen zu wollen und zu können. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Wir brauchen die Modernisierung des Staates und eine Reform der öffentlichen Verwaltung. In der jetzigen Situation brauchen wir eine gestaltende Rolle des Staates, um die dynamische Entwicklung der Wirtschaft zu fördern. Wir wollen einen effizienten öffentlichen Dienst. Das heißt auch Erhöhung der Effizienz staatlichen Handelns durch ein Haushaltsrecht, das mehr Flexibilität und Transparenz ermöglicht. Dies soll insbesondere durch Einführung von Budgets, Globalhaushalten, Controlling-Verfahren und durch eine durchgehende Kosten- und Leistungsrechnung geschehen.

Vollbeschäftigung ist ein erreichbares Ziel. Im Interesse der sozialen Demokratie darf es nicht kurzsichtigen Einzelinteressen und der Klientelpolitik von Splittergruppen geopfert werden.

Bonn, den 18. Februar 1997

Rudolf Scharping und Fraktion

